Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten Mark, bei Postbestellung Mark zuzüglich Botengebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten und Post- und Geschäftsstellen nehmen Früher: Wilsdruffer Tageblatt boten sowie unsere Austräger jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesendter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 30 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

Nr. 34 — 83. Jahrgang. Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" **Wilsdruff-Dresden.** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend 9. Februar 1924**

Ruhrgebiet und Rheinland an Deutschland zurück!

Internationale Kontrolle deutscher Zölle.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

London, 8. Febr. Der Berichterstatter der „Daily News" meldet, daß der erste (Budget-) Unterausschuß der Daweskommission 2 Grundsätze festgelegt haben soll, nämlich

1. **wenn Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllen solle, müsse Ruhrgebiet und das Rheinland an Deutschland zurückgegeben werden,**
2. **müßten die deutschen Zölle erheblich erhöht und einer internationalen Finanzkontrolle unterworfen werden.**

Konflikt zwischen 15er-Ausschuß und Regierung.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Berlin, 8. Februar. Der Konflikt, der gestern in der Sitzung des Fünfzehner-Ausschusses in der Frage der Hypothekenaufwertung und der Mitaufwertung öffentlicher Anleihen zwischen Regierung und Ausschuß entstanden ist, ist noch nicht beigelegt. Die Frage wird heute in einer auf 10 Uhr angesetzten weiteren Sitzung im Reichstag weiter behandelt werden.

Dr. Schacht beim Währungsausschuß des Dawes-Komitees.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Berlin, 8. Febr. Der Währungsausschuß des Dawes-Komitees ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Tagung zusammengetreten, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnimmt.

Aufgehobene Ausweisung.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

München-Gladbach, 8. Febr. Die Ausweisung des Oberbürgermeisters Gielen ist von der Rheinlandkommission aufgehoben worden.

Mit 2 Kopfschüssen tot aufgefunden.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Krefeld, 8. Febr. In der letzten Nacht ist auf einem Neubau ein junger Mann mit zwei Kopfschüssen tot aufgefunden worden. Der Ermordete ist Wächter einer privaten Wach- und Schließgesellschaft. Vermutlich handelt es sich um einen Racheakt im Zusammenhang mit einer Mordtat, die vor etwa vier Wochen verübt worden ist.

Die gestrige Kammersitzung.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Paris, 8. Februar. Nach lebhafter Debatte hat gestern die Kammer die Ermächtigungsgesetze Teil 1 § 2 Artikel 1 mit 333 gegen 205 Stimmen angenommen. Die Regierung hat demnach das Recht, während 4 Monate ohne Konsulation der Kammer Maßnahmen zur Verbesserung der französischen Finanzlage zu ergreifen.

Abrechnung Deutschlands mit China.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

London, 8. Februar. Nach Meldungen der „Times" soll Deutschland mit China einen Vertrag abgeschlossen haben, wonach Deutschland durch Aufrechnung der Forderungen der Deutsch-Asiatischen Bank gegen die chinesische Regierung einen Restbetrag von 43 Millionen Dollar an Reparationen zusammenbringen müsse, von denen 13 Millionen Dollar auf ein Guthaben in einer Londoner Bank, der Rest in Form von Eisenbahnaktien und Obligationen geleistet werden müsse.

Baldwins Wiederwahl zum Führer der Konservativen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

London, 8. Februar. Der bisherige konservative Parteivorstand hat gestern beschlossen, daß Baldwin am Montag auf Grund seiner Parteitätigkeit als Parteiführer zur Wiederwahl vorgeschlagen werde. Damit scheint Baldwins Wohl gesichert zu sein.

Die deutsche Mark in Spanien.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

Madrid, 8. Februar. Die Presse verfolgt mit Aufmerksamkeit die Campagne zugunsten der Besitzer von deutscher Mark und mißt ihr erhöhte Bedeutung bei.

Lloyd Georges Enthüllungen.

Der frühere britische Premierminister veröffentlicht soeben Enthüllungen über ein zur Zeit des Versailler Friedensschlusses zwischen Clemenceau und Wilson abgeschlossenes Geheimabkommen, die überall größtes Aufsehen erregen.

Besonders glänzende Zeiten waren für die neutralen Witzblätter jene Tage, als in die Öffentlichkeit drang, was die „big four", die „großen Vier", wie Keynes meint, in Versailles als „Frieden" beschlossen hatten. Jene Vier, die das Schicksal der Welt für die nächsten 50 Jahre in den Händen trugen: Clemenceau, Lloyd George, Sonnino und Wilson. Wir nennen diese Vier in einer Reihenfolge, die ein Urteil über ihre Stärke in sich schließt; zuerst also Clemenceau als den stärksten, vom Haß gegen die Deutschen seit 48 Jahren durchglüht, und zielbewußt nur eins im Auge: Zertrümmerung Deutschlands, zum mindesten Vernichtung seiner Kraft, seiner staatlichen Selbständigkeit, seiner militärischen Hilfsmittel. Natürlich konnte man französischerseits das nicht in die plumpen Formen früherer „barbarischer" Jahrhunderte kleiden und etwa die vier Jahre lang abgeschworenen Annexionsgelüste allzu offenkundig befriedigen. Schon aus Rücksicht auf den Doktrinaristen Wilson nicht. Man nannte es also Maßnahmen zur Sicherung Frankreichs, was doch weiter nichts gewesen ist als jener Schrei nach der Rheingrenze, der gerade 700 Jahre durch Frankreich geklungen war, seit er dort durch den unheiligen König Ludwig den Heiligen entfesselt worden war, der Schrei nach den „natürlichen Grenzen" Frankreichs.

Frankreich hat damals vor allem ein Bündnis mit Amerika und England abschließen wollen, das diese „Sicherung" gegen Deutschland zum offiziellen Inhalt hatte. Es stieß damit nicht auf unbedingte Gegenliebe. Denn England hatte seine Kriegsziele erreicht, den deutschen Konkurrenten zerschmettert, sein Reich rings um den Indischen Ozean durch die Angliederung der deutschen Kolonien lückenlos geschlossen; also war sein Interesse für eine militärische Einmischung in die europäischen Kontinentalwirren nicht mehr übermäßig stark und hätte es doch nur in die imperialistische französische Politik eingespannt. Außerdem war sein Augenmerk vor allem auf die damals ja außerordentlich zugespitzten vorderasiatischen Verhältnisse gerichtet, wo die Neuordnung vor sich gehen sollte. Da wandte sich Clemenceau vor allem an Wilson und suchte den Doktrinär zu ködern durch allerhand humanitäre Ideen, die „Sicherung des Weltfriedens" und dergleichen. Soeben hat Lloyd George darüber im „New York World" Mitteilungen gebracht, wonach Wilson mit Clemenceau ein französisch-amerikanisches Sonderabkommen abgeschlossen hat, in dem der amerikanische Präsident sich nicht nur mit der Übergabe des Saargebiets an Frankreich, sondern auch mit der Besetzung des linken Rheinufers durch die Alliierten einverstanden erklärte. Lloyd George sei damals — es war Anfang April 1919 — durch eine innerpolitische Krise zu einer Reise nach London gezwungen gewesen und habe nach seiner Rückkehr die festen Abmachungen über die Besetzung des Rheinlandes vorgefunden. Vergeblich habe er die Franzosen darauf aufmerksam gemacht, daß die Besetzung des linken Rheinufers nur wertvolle deutsche Einnahmequellen verschlingen werde, die man besser zu Reparationsleistungen hätte verwenden können. Das Abkommen zwischen Frankreich und Wilson sei auf Wunsch des damaligen amerikanischen Präsidenten geheim gehalten worden; aber jetzt, nach seinem Tode, habe man bei ihm, Lloyd George, französischerseits angefragt, ob Poincaré dies Abkommen veröffentlichen dürfe, um seine Politik zu verteidigen.

Es ist aus den Veröffentlichungen von Konferenzteilnehmern, namentlich des Widersachers Poincarés, Tardieu, bekannt, welch erhebliche Differenzen gerade die Frage der Besetzung des Rheinlandes verursacht hat. Differenzen, die bis zu mehrfachen Drohungen Wilsons, nach Amerika abzureisen, führten. Aber das alles liegt vor jenen Tagen, in denen der Abschluß des Bündnisses zwischen Frankreich und Amerika erfolgte, und die Mitteilungen Lloyd Georges darüber erscheinen keineswegs unwahrscheinlich. Bis dahin hatte Wilson ebensowohl wie Lloyd George der Sehnsucht Frankreichs nach Wiederherstellung der sog. Grenzen von 1792, also vor allem nach der Übereignung des Saargebiets an Frankreich, einen starken Widerstand geleistet, an dem die sich auch durch allerhand Denkschriften französischer Generale nicht irre machen ließen, die eine dauernde Internationalisierung auch des Rheinlandes als für die Sicherheit Frankreichs unumgänglich notwendig bezeichneten. Dann kam die Einigung über den Artikel 429, der die Termine für die Zurücknahme der Besatzung regelt; aber diese Besatzung tatsächlich verewigt. Hier muß sich hinter dem Vorhang ein Szenenwechsel abgespielt haben, und Lloyd George scheint jetzt diesen Vorhang etwas in die Höhe ziehen zu wollen, besonders über die Entstehungsgeschichte dieses Artikels 429 des Versailler Vertrages, über die Tardieu allerhand Merkwürdiges erzählt hat.

Man darf gespannt sein, was die Welt noch aus diesen Auseinandersetzungen zwischen Lloyd George und dem offiziellen Frankreich erfahren wird. In Paris spielt man zurzeit den Entrüsteten und will von nichts wissen; allerdings hat man dort immer in der Behandlung diplomatischer Aktenstücke eine große Gewandtheit bewiesen. Freilich wird man mit dem alten Fuchs Lloyd George doch wohl etwas schwerer fertig werden, als das mit dem harmlosen Wilson gelingen konnte. Auch von Amerika kommt die Nachricht, daß Oberst House, der bekannte Vertrauensmann Wilsons, erklärt habe: „Ich möchte das Dokument gern zu Gesicht bekommen, vielleicht wird sich dann herausstellen, daß es gar kein Vertrag ist und die Erklärungen von Lloyd George haltlos sind." Und in Paris spricht man gar von der im Delirium befindlichen Einbildungskraft Lloyd Georges, der nun wieder das Wort hat.

Das Londoner Blatt „Daily Chronicle" teilt mit, daß Lloyd George die Absicht habe, die gesamte Frage in einem Artikel zu behandeln, der baldigst im „Daily Chronicle" erscheinen werde.

Politische Rundschau

Eine neue politische Periode?

Französisch-deutscher Ausgleich?

Der tschechoslowakische Minister Dr. Benesch hielt im Abgeordnetenhause eine große politische Rede, in der er sagte, Europa träte in eine neue politische Periode ein, die mit der Einsetzung einer sozialistischen Regierung in England beginnt, mit der Anerkennung Rußlands durch England und Italien, mit der Vorbereitung neuer Verhältnisse in Frankreich, die wahrscheinlich den definitiven Versuch eines französisch-deutschen und damit auch eines französisch-englischen Ausgleiches bedeuten und schließlich mit der Vorbereitung zu einer teilweisen Beteiligung Amerikas an der Wirtschafts- und Finanzpolitik Europas ihre Fortsetzung finden werde. Ohne Rußland sei eine europäische Politik und ein europäischer Frieden nicht möglich. Der Vertrag mit Frankreich sei nicht antideutsch, die Einigung Deutschlands mit Frankreich sei näher, als die Kritiker des Vertrages glauben.

Das Reich und Sachsen.

Der sächsische Ministerpräsident Heldt hielt sich in Berlin auf und hat dem Reichspräsidenten Ebert, dem Reichskanzler Marx und dem Reichsinnenminister Dr. Jarres einen Besuch abgestattet. Der Besuch hat, wie der Dresdener Anzeiger schreibt, das erfreuliche Ergebnis gehabt, „daß auf beiden Seiten die Meinung befestigt wurde, daß unter der neuen sächsischen Koalitionsregierung eine gewisse Beruhigung und Konsolidierung der Verhältnisse in Sachsen eingetreten ist, und daß zwischen der sächsischen Koalitionsregierung und der Reichsregierung eine bessere Zusammenarbeit möglich ist, als dies früher der Fall war.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett genehmigte den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Bestimmungen über Erwerbslosenfürsorge, über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge und das Arbeitsnachweisgesetz, den Entwurf einer Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten, die in der Regel zehn Stunden am Tage nicht überschreiten und durch angemessene Pausen unterbrochen sein soll.

Die englische Regierung für eine neue allgemeine Konferenz nach dem Muster von Genua.

London, 8. Febr. Nach Meldungen aus gutunterrichteter Quelle nimmt man an, daß die Macdonald-Regierung nachstehende Ansicht über die auswärtigen Fragen hegt: Wenn Amerika eine weitere internationale Abrüstungskonferenz befürwortet, so wird Großbritanien dieser die vollste Unterstützung geben, aber wenn Amerika andeuten würde, daß es vorziehe, daß die Einladungen zu dieser Konferenz von Großbritanien ausgehen, so würde die britische Regierung mit Freuden die notwendigen Schritte ergreifen. Der Völkerbund würde als Instrument benutzt werden zur Erreichung einer Regelung der allgemein europäischen Affären einschließlich solcher Fragen, wie die Besetzung des Rheinlandes. Die Regierung ist der Ansicht, daß schließlich wieder eine allgemeine Konferenz einberufen werden müsse, vielleicht nach den Bestimmungen, die für die Konferenz von Genua getroffen wurden und ist ferner der Ansicht, daß keine wirkliche Regelung erfolgen kann, so lange man die Reparationsfrage und die Frage der Kriegsschulden als separate Fragen behandelt. Die Regierung erwartet die gütliche Zusammenarbeit mit Amerika.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF